



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

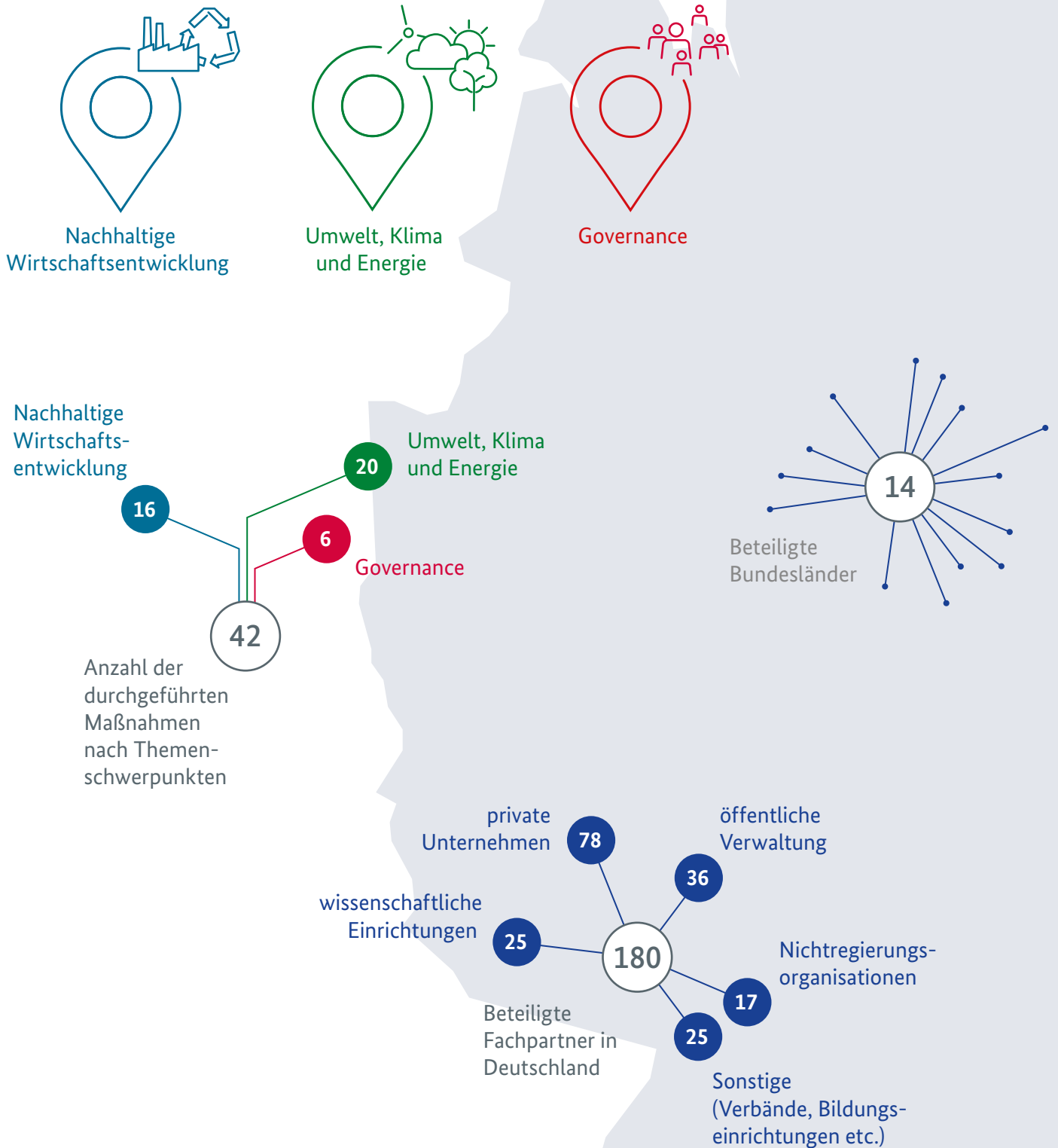
Gemeinsam für nachhaltige Entwicklung

Vier Jahre Bund-Länder-Pilotprogramm (2015 – 2019)

Herausgegeben von:

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Das Bund-Länder-Pilotprogramm in Zahlen



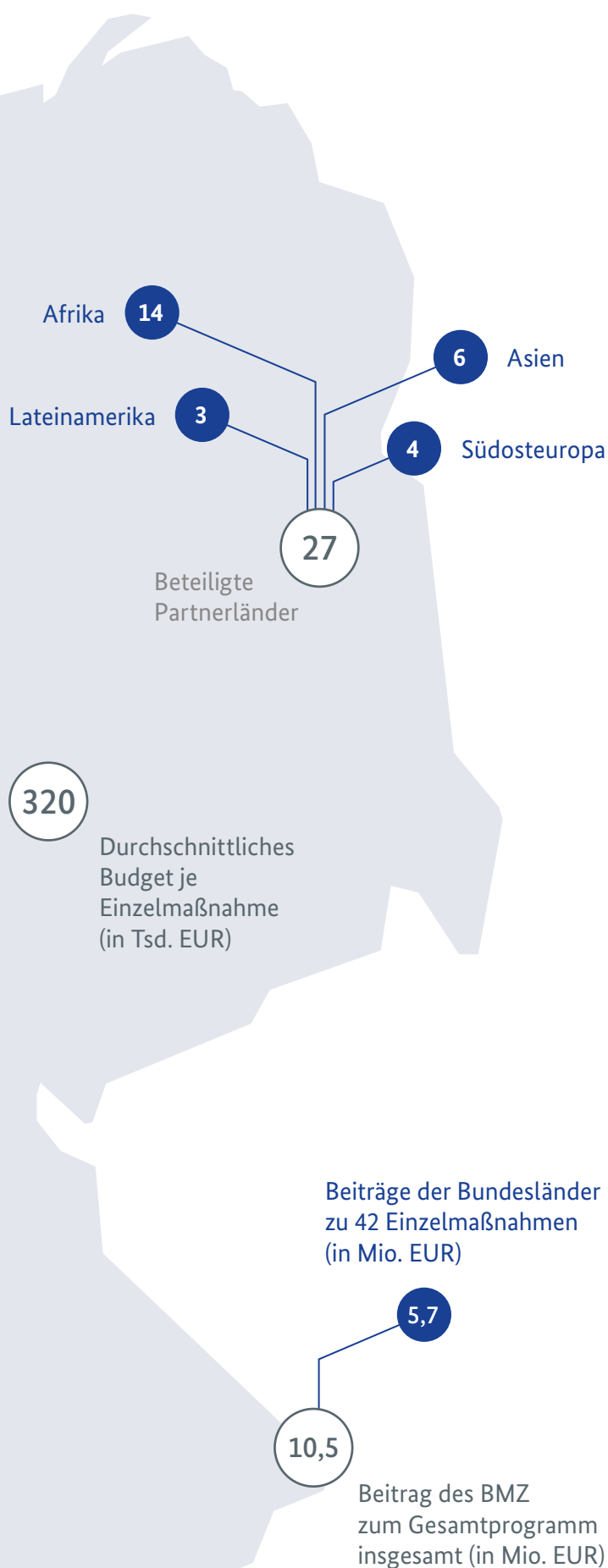
Das Bund-Länder-Pilotprogramm

Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahrzehnten eine international anerkannte Minderheitenpolitik entwickelt, Sachsen ist für seine Expertise im Bergbau bekannt und in Mecklenburg-Vorpommern haben Bürger*innen im Rahmen der Energiewende ihre Versorgung in die eigene Hand genommen.

Dieses in den Bundesländern entstandene Fachwissen in Behörden, Institutionen, Hochschulen, in Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft ist wertvoll – auch für Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Um dieses Know-how für die Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen, haben die Bundesländer und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) das Bund-Länder-Pilotprogramm aus der Taufe gehoben. Seit Juli 2015 konnte das Programm 42 Kooperationsprojekte in 27 Partnerländern unterstützen.

So hat die Stadt Bijeljina in Bosnien-Herzegowina nach einem Besuch in Schleswig-Holstein die Idee eines Minderheitenbeauftragten aufgegriffen. Partnerinstitutionen aus Mosambik haben in Mosambik mit Unterstützung aus Sachsen die Bergbausicherheit verbessert. Hochrangige Vertreter*innen der vietnamesischen Provinz An Giang wiederum informierten sich im Bioenergiedorf Bollewick in Mecklenburg, wie Bürger*innen ihre Energieversorgung dezentralisiert haben.

Der Wissenstransfer ist dabei keine Einbahnstraße, sondern ein Gewinn für alle. Denn die Bundesländer konnten ihre Beziehungen zu Ländern ausbauen, mit denen sie – wie beispielsweise Bremen mit Namibia – bereits seit Jahrzehnten enge Kontakte pflegen. Über die gemeinsamen Projekte entstanden Chancen für Unternehmen und Wissenschaft. Aber lesen Sie selbst und erfahren Sie ein wenig mehr über Methoden, Länder und Projekte.



So arbeitet das Programm

Die Bundesländer verfügen traditionell über eigene Kontakte zu Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Sie engagieren sich in der internationalen Zusammenarbeit, manche schon seit Jahrzehnten. Im Januar 2014 haben die Ministerpräsident*innen der Länder ihre globale Verantwortung für die Umsetzung der Agenda 2030 unterstrichen. Die Bundesregierung sieht in den Kompetenzen der Bundesländer einen Mehrwert für ihre internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Aus diesen Gründen hat das BMZ 2015 das Bund-Länder-Pilotprogramm initiiert, an dem sich bis jetzt 14 Bundesländer beteiligen. Mit Unterstützung des Programms konnten Partnerländer die Kompetenzen der Bundesländer für ihre Entwicklung nutzen. Dafür unterstützte das Programm in den vergangenen Jahren einzelne Kooperationsprojekte zwischen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes und der Bundesländer in den drei Handlungsfeldern nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Governance sowie Umwelt, Klima und Energie.

In diesen Gebieten verfügen die Bundesländer über ausgeprägte Expertise, sind sie es doch, die nationale Gesetze zum Beispiel zur Energiewende praktisch umsetzen oder – wie bei der Bildung – ländereigene Aufgaben erfüllen. Dafür greifen sie auf das in ihren Ländern entstandene Know-how in Behörden, Kommunen, Hochschulen oder Unternehmen zurück. Dieses Wissen und die praktischen Erfahrungen gaben sie im Rahmen des Bund-Länder-Pilotprogramms an Entwicklungsländer weiter.

„Der sehr praxisbezogene Austausch auf der Ebene von Fachkräften, Behörden und Institutionen erweist sich als große Stärke des Programms“, sagt Julia Iversen. Sie leitet das Bund-Länder-Pilotprogramm bei der GIZ und setzt es im Auftrag des BMZ um. Damit diese Stärken in Entwicklungsländern Wirkung erzielen, müssen die Verantwortlichen die in den Bundesländern und in den Partnerländern verwendeten Ansätze an die Verhältnisse in den Partnerländern anpassen und dafür eng mit allen Beteiligten zusammenarbeiten.

Dies ist im Pilotprogramm gelungen. Deshalb werden das BMZ und die Bundesländer ihr gemeinsames Engagement ab 2020 fortführen, dann unter dem Namen Bund-Länder-Programm.

Bei den Einzelmaßnahmen hat der Bund 60 Prozent der Kosten übernommen, die Länder 40 Prozent. Von Juli 2015 bis Dezember 2019 investierte das BMZ rund 10,5 Millionen Euro und die Länder drei Millionen Euro plus Sach- und Fachleistungen, etwa die kostenfreie Bereitstellung von Fachleuten oder Fortbildungsplätzen.



▲ Teilnehmende und Durchführende des Sonderseminars „Oberführer von Grubenwehren“ in der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen in Leipzig.

„Wir schaffen perfekte Synergien“



Dr. Doris Witteler-Stiepelmann

leitet das BMZ-Referat Länder und Kommunen und verantwortet damit auch das Bund-Länder-Pilotprogramm. Im Interview spricht sie über die Motivation für das Programm, den Mehrwert der Kooperation und den Charme von Partnerschaften.

Warum arbeitet das BMZ mit den Bundesländern zusammen?

Viele Bundesländer betreiben eigene entwicklungspolitische Programme und unterhalten dafür – manche seit Jahrzehnten – Beziehungen zu einigen unserer Partnerländer. Da liegt eine Kooperation nahe. Dazu kommt: Nicht nur Deutschland, sondern auch die internationalen Geber messen heute der dezentralen Entwicklungszusammenarbeit, das heißt der Zusammenarbeit unterhalb der nationalen Ebene, noch mehr Bedeutung bei. Eine enge Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen verspricht Synergien, die wir nutzen wollen.

Was ist der Mehrwert dieser Kooperation?

Wir bringen unterschiedliche Fähigkeiten und Kompetenzen ein. Die Länder verfügen über bedeutendes Fachwissen in ihren Verwaltungen und Behörden, genauso in ihren Hochschulen. Dieses Know-how ist weltweit gefragt. Mangels eigener Strukturen vor Ort können die Länder diese Kompetenzen jedoch nicht so für die Entwicklungszusammenarbeit nutzen, wie es wünschenswert wäre. Wir wiederum verfügen über derartige Strukturen und über die entwicklungsspezifische Expertise. Beide Fähigkeiten ergänzen sich perfekt. Zusammen können wir mehr erreichen.

Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit Bundesländer, BMZ und die Partnerländer erfolgreich zusammenarbeiten?

Für eine Kooperation auf Augenhöhe benötigen wir eine sehr gute Projektplanung, in der wir die Rollen und Aufgaben aller Beteiligten genau abklären. Alle Projekte des Bund-Länder-Pilotprogramms docken wir an bestehende Programme des BMZ an, um so die vorhandenen Strukturen vor Ort nutzen zu können. Das Know-how der Bundesländer muss an die Verhältnisse in den Partnerländern angepasst werden können.

Ab 2020 legen Sie das Bund-Länder-Programm für weitere drei Jahre auf und stellen dafür knapp elf Millionen Euro zur Verfügung. Warum?

Die Evaluation des Pilotvorhabens ist sehr positiv ausgefallen. Es bestätigte unseren Ansatz und ergab, dass die Zusammenarbeit positive Synergien generiert. Gleichzeitig wollen wir das Programm weiterentwickeln. Ein Ziel ist, die entwicklungspolitische Kompetenz der Bundesländer zu stärken und ihre Fachleute mit unseren Strukturen vor Ort besser zu vernetzen. Die Bundesländer könnten zudem stärker untereinander kooperieren und ihre Erkenntnisse teilen.



Handlungsfeld 1

Umwelt, Klima und Energie

Umwelt- und Klimaschutz sind nicht nur aus ökologischen Gründen wichtig, sondern auch aus wirtschaftlichen und sozialen. Weil sie Lebensräume bewahren, Einkommensquellen der Bewohner*innen ermöglichen und deren Gesundheit schützen. Das gilt auch für eine nachhaltige Energieversorgung.

Deshalb hat das Bund-Länder-Pilotprogramm in diesem Handlungsfeld zahlreiche Projekte gefördert und dabei bewusst ein breites Spektrum abgedeckt, wie die folgenden drei Beispiele zeigen.

Vietnam – Know-how übersetzen, regionale Ebene stärken

Vietnam verfügt über ausgezeichnete Voraussetzungen für Energie aus Wind, Sonne und Biomasse. Der Ausbau läuft jedoch schleppend, auch weil es an Fachwissen fehlt. Im Rahmen der Länderpartnerschaft hat Mecklenburg-Vorpommern Expert*innen aus der vietnamesischen Provinz An Giang fortgebildet, 170 in Vietnam sowie zwölf technische Expert*innen und 20 hochrangige Vertreter*innen der Provinz in Deutschland. „Ich denke, dass wir dank der Exkursionen in Mecklenburg-Vorpommern deutlich mehr erneuerbare Energieprojekte werden umsetzen können“, sagt Yên Cao aus dem Department of Industry and Trade der Provinz.

Zusammen mit anderen Expert*innen hat sie 2017 eine Sommerschule an der Universität Rostock und das Bioenergiedorf Bollewick besucht. „Wir haben den vietnamesischen Gästen erklärt, wie wir unser Energiedorf Schritt für Schritt umgesetzt haben. Wichtig war mir, auch über die vielen Schwierigkeiten zu erzählen und wie wir sie überwunden haben“, sagt Bertold Meyer von der Akademie für Nachhaltige Entwicklung. Denn leicht war das nicht. Deshalb ist der Erfahrungsaustausch so wichtig. Denn die Besucher*innen sollen verstehen, dass sie einen langen Atem brauchen, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Im Rahmen des Projekts errichtete zudem ein deutsches Unternehmen eine Demonstrationsanlage für Photovoltaik in Vietnam.



▲ Die vietnamesische Delegation erprobt die Wirkung von Erneuerbaren Energien im LEEA Bildungszentrum in Neustrelitz



Ich habe viel gelernt, zum Beispiel, dass unsere automatisierten Prozesse eine Historie haben, die ich nicht voraussetzen kann. Hier hat es sehr geholfen, die mosambikanische Brille aufzusetzen und die Zwänge und dortigen Logiken – wir haben unsere eigenen – zu verstehen.“ Hilke Domsch, Geokompetenzentrum Freiberg



▲ Teilnehmende bei der Besichtigung eines Bürger-Solarparks in Bayern



▲ Arbeiter auf dem Schrottplatz in Agbogbloshie, Ghana.

Äthiopien / Uganda – die Energie der Bürger*innen nutzen

In Bayern haben Bürgerinnen und Bürger die Energie-wende gestaltet, Geschäftsmodelle entworfen und Genossenschaften gegründet, weil sich darüber rechtlich viele Kleinanleger an Bürgerenergieparks beteiligen können. Genossenschaften oder kommunale Energieprojekte könnten Modelle auch für afrikanische Kommunen und Menschen sein. Im Rahmen des Bund-Länder-Pilotprogramms vermittelten Mitarbeiter*innen des bayerischen Genossenschaftsverbands in Uganda, wie Energieprojekte von den Bürgern selbst organisiert werden können. Äthiopische und ugandische Fachleute trafen sich im Rahmen des Bund-Länder-Pilotprogramms mit bayerischen Unternehmen und Institutionen. Letztere verfügen über das Know-how, kennen aber die Gegebenheiten in den afrikanischen Partnerländern nicht. Gemeinsam entwickelten die Teilnehmer*innen aus Bayern, Uganda und Äthiopien Geschäfts- und Genossenschaftsmodelle. So konnte ein Grundstein für die Entwicklung von Bürgerenergieprojekten in Uganda gelegt werden.

Ghanas Elektroschrott – die Gesundheit der Recycler*innen schützen

Rabiu Mohammed Dazali arbeitet wie rund 4.000 andere Menschen auf der Deponie Agbogbloshie in Accra und recycelt dort Elektroschrott. „Das ist schlecht für meine Gesundheit, aber ich habe keine Alternativen“, sagt er. Im Rahmen des Bund-Länder-Pilotprogramms hat Nordrhein-Westfalen deshalb eine Gesundheitsstation auf dem Gelände gefördert und eine Hochschulpartnerschaft initiiert, damit Ghana Schadstoffbelastungen künftig besser messen und dann behandeln kann. Dabei kooperierte das Projekt auch eng mit dem E-Schrott-Vorhaben der GIZ, das auf dem Gelände unter anderem Trainings organisiert. Rabiu Mohammed Dazali profitiert von beiden Angeboten: „Infolge der Schulungen verbrennen wir weniger Kabel. Es kommt zu weniger Verletzungen und es werden viel weniger Giftstoffe freigesetzt.“ Der Gesundheitsposten gibt ihm die Sicherheit, dass er Hilfe erfährt, wenn doch etwas schiefgeht.

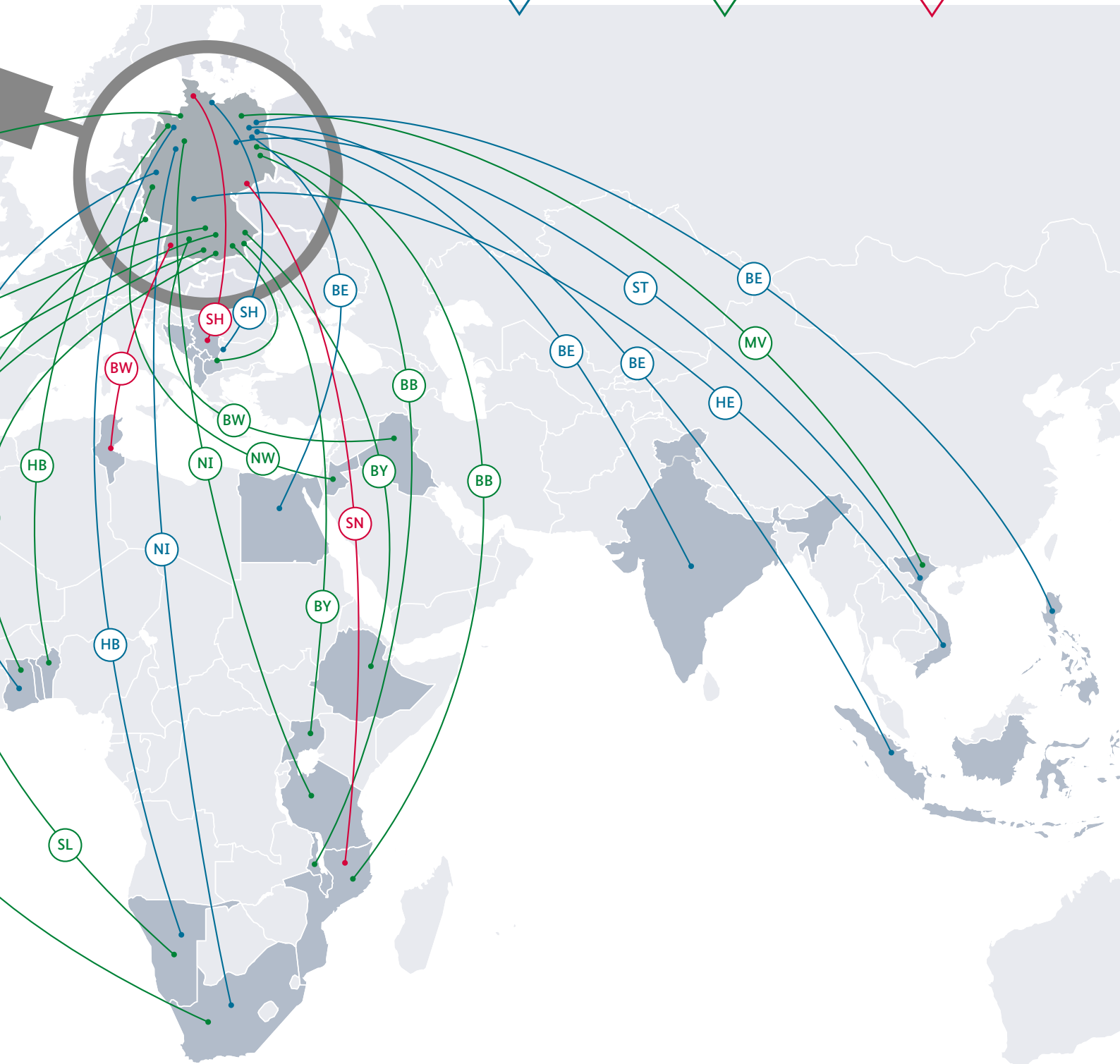
Wer arbeitet mit wem?

Deutsche Bundesländer engagieren sich weltweit

14 Bundesländer, 42 Maßnahmen, 27 Partnerländer.
Im Rahmen des Bund-Länder-Pilotprogramms haben sich die Bundesländer rund um den Globus vernetzt.
Wer mit wem zusammenarbeitete und sich engagierte, zeigt diese Karte.

- BB Brandenburg
- BE Berlin
- BW Baden-Württemberg
- BY Bayern
- HB Bremen
- HE Hessen
- HH Hamburg
- MV Mecklenburg-Vorpommern
- NI Niedersachsen
- NW Nordrhein-Westfalen
- SH Schleswig-Holstein
- SL Saarland
- SN Sachsen
- ST Sachsen-Anhalt





Die Kartendarstellung gibt nicht in jedem Einzelfall die völkerrechtliche Position der Bundesregierung wieder. Die Kartendarstellung trifft keine Aussage über die jeweils umstrittenen Territorialansprüche.

- Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
- Umwelt, Klima und Energie
- Governance

Nachhaltige

Wirtschaftsentwicklung

Aus- und Fortbildung sind Schlüsselemente für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes, aber auch dafür, dass Menschen ein Auskommen finden und optimistisch in die Zukunft schauen können. Die Bundesländer verfügen beispielsweise bei der regionalen Wirtschaftsentwicklung als auch der Berufsbildung über herausragende Kompetenzen – sowie über Institute und Unternehmen, die neben der Bildung auch in wichtigen Wirtschaftssektoren sehr viel praktisches Know-how besitzen, zum Beispiel im Tourismus oder der Energiegewinnung. Die folgenden Beispiele zeigen, wie im Bund-Länder-Pilotprogramm der Schwerpunkt „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“ mit Leben gefüllt wird.



▲ Eine Delegation aus Mosambik besichtigt den Tagebau Welzow im Lausitzer Braunkohlerevier

Mosambik – Sachsen unterstützt die Bergbausicherheit

„Die Bergbauinspektoren müssen sich auskennen, sonst können sie die Sicherheit der Minen nicht kontrollieren und werden von den Betreibern hinters Licht geführt“, sagt Jens Adler von der GIZ. Sachsen verfügt über eine jahrhundertlange Bergbautradition und mit dem Geokompetenzzentrum über ein einzigartiges Wissensnetzwerk. Deshalb arbeitete das Bundesland mit der Bergbaubehörde Mosambiks zusammen.

Intensive Kontakte zwischen beiden Ländern gab es schon zu DDR-Zeiten. So hatte der jetzige Leiter der mosambikanischen Bergbauinspektion, Oberberghauptmann Obete Matine, in Freiberg studiert. Im Rahmen des Projekts wurden einerseits mosambikanische Bergbauinspektoren ausgebildet und andererseits das Land bei der Erarbeitung notwendiger Gesetze und Regelungen sowie bei der Gründung eines Nationalen Zentrums für Bergbausicherheit, Grubenrettungs- und Gasschutzwesen unterstützt. „Wir haben dafür einen sehr bedarfs- und praxisorientierten Ansatz gewählt und die angehenden mosambikanischen Ausbilder und andere am Trainingszentrum der Hauptstelle für Grubenrettungs- und Gasschutzwesen in Leipzig trainiert“, sagt Hilke Domsch vom Geokompetenzzentrum Freiberg. Der Erfolg des Projekts überzeugte die sächsische Regierung, so dass Sachsen die Kooperation nun mit eigenen Mitteln fortsetzt und auch weitere Projekte über den neuen Haushaltstitel für Entwicklungszusammenarbeit fördert.



Wir wollten eine entscheidungsreife und mit allen beteiligten Institutionen in Mosambik abgestimmte Vorlage für das Regelwerk zum Thema Grubenwehr und Gasschutzwesen erarbeiten. Die Kooperation mit den sächsischen Partnern half uns, dieses Ziel zu erreichen und brachte Mosambik in seiner wirtschaftlichen Entwicklung einen wesentlichen Schritt voran.“ Oberberghauptmann Obete Matine, Mosambik



▲ Panel Female Entrepreneurship auf der Asia Pacific Week 2019 in Berlin

Namibia – Multiplikatoren für eine bessere Berufsausbildung

Barthormeus Stefanus ist Berufsschullehrer in Valombola, 700 Kilometer nördlich der namibischen Hauptstadt Windhuk, und hat als einer von 14 Teilnehmern am Train of Trainer-Programm für Berufsschullehrer*innen im Rahmen eines Kooperationsprojekts des Bund-Länder-Pilotprogramms zwischen Bremen und Namibia teilgenommen. „In Namibia herrscht ein Mangel an Fachkräften zum Beispiel im Automobil-Bereich, gleichzeitig grassiert eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Hier setzte das Projekt an“, sagt Martin Foth vom GIZ-Team des Bund-Länder-Pilotprogramms. Dafür kooperierte das Projekt mit den namibischen Berufsschulzentren, dem Kompetenzzentrum der Handwerkskammer Bremen und dem Institut Technik und Bildung der Universität Bremen. Letzteres verfolgte mit seiner Lern- und Arbeitsaufgaben-Methode eine klare berufspädagogische Orientierung. „Wir sehen Lehrer wie Barthormeus Stefanus als Multiplikatoren, die ihre in Bremen und vor Ort gelernte Expertise an künftige Berufsschullehrer weitergeben und damit die berufliche Ausbildung im Automotive-Bereich verbessern“, sagt Foth. Das Ergebnis freut auch Stefanus: „Dank der Fortbildung habe ich meine Kompetenzen stark verbessert und spüre nun, wie meine Studenten deutlich mehr lernen.“

Indien – Rahmenbedingungen für Gründerinnen fördern

Brillante Geschäftsideen gibt es viele. Damit sie sich aber durchsetzen, braucht es einen vernünftigen Businessplan, Finanzierung und die nötigen Kunden. Das gilt auch für Unternehmerinnen in Indien, die im Zugang zu Gründerförderung bislang benachteiligt sind.

Der Berliner Senat unterstützte deshalb im Rahmen des Bund-Länder-Pilotprogramms Gründerinnen aus der Start-up-Szene in Indien. Zum einen vernetzte das Projekt über Delegationsreisen Gründerinnen aus Berlin und Indien, zum anderen unterstützte es indische Institutionen und Organisationen, die Gründerinnen fördern. „Die Treffen haben mir die Augen geöffnet für all die Dinge, auf die wir bei der Förderung von Gründerinnen achten müssen“, zieht Audrey D’Souza, Präsidentin von eMERG, einer gemeinnützigen Organisation zur Unterstützung von (angehenden) Geschäftsfrauen, ein positives Fazit für das Training in Berlin und Indien.

Organisiert hatte die Delegationsreisen und das Training neben der GIZ die Berliner Startup Support-Organisation enpact e. V. „Wir haben in einer Studie zudem die Erfolgsfaktoren und Rahmenbedingungen der indischen Unternehmerinnen untersucht“, sagt Alexandra Kovbasko von enpact. Aus den Ergebnissen der Studie wurden konkrete Empfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Startup Ökosysteme insgesamt und die Förderung von Gründerinnen insbesondere in Indien abgeleitet.



Handlungsfeld 3

Governance

Ein funktionierender Staat und gelebte politische Teilhabe sind wichtige Grundlagen von demokratischer Entwicklung. Um Menschen einzubinden und ihre Ideen und Überzeugungen in kommunalen und landesweiten Entscheidungen zu berücksichtigen, haben die Verwaltungen von Ländern und Kommunen eine wichtige Scharnierfunktion: Sie sind nahe dran an der Zivilgesellschaft. Bei ihnen kommen Bürgerinnen und Bürger in Kontakt mit dem Staat, sei es in Schulen, der Gesundheitsversorgung, sei es vor Gericht.

Insofern können die Handlungsabläufe deutscher Kommunen und Bundesländer gute Beispiele für Gesellschaften sein, die ihre politische Architektur dezentralisieren und ihre Bürger*innen stärker an politischen Prozessen beteiligen wollen. Die deutsche Erfahrung kann zwar nicht als Blaupause dienen, aber Ideen, Methoden und Wege aufzeigen – wie die Beispiele aus Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zeigen.

Westbalkan – Minderheitenrechte schützen, Menschen integrieren

Die Umsetzung von Minderheitenrechten und die soziale, wirtschaftliche und politische Integration von Minderheiten sind im Westbalkan eine Herausforderung. Den Verwaltungen fehlen häufig ausreichende finanzielle Mittel und Kompetenzen, um ausreichende Unterstützungsleistungen anzubieten. Hier setzte das Projekt von Schleswig-Holstein mit acht Partnerkommunen aus Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Serbien und Albanien an. Bei Workshops und Besuchen in den Ländern des Westbalkans und Schleswig-Holstein vermittelten deutsche Kommunen und Projektpartner, wie sie Minderheitenrechte umsetzen.

So hat die Kommune Bijeljina in Bosnien-Herzegowina ein Büro des Minderheitenbeauftragten nach deutschem Vorbild geschaffen. „Seitdem unterhalten Stadtverwaltung und Minderheiten einen viel engeren Draht zueinander und so konnten wir den Bau von 24 Sozialwohnungen für Roma anschieben“, sagt Dragan Jokovic, Geschäftsführer der Citizens' Association for the Promotion of Roma Education Otaharin. Die Kommune Tetovo in Mazedonien hat ein Forum für sozialen Dialog und Kooperation gegründet.

Die Reise nach Schleswig-Holstein und den Austausch mit dem in Flensburg sitzenden, am Projekt beteiligten European Center for Minority Issues (ECMI), und der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) erlebten die Teilnehmer*innen als fruchtbar. So zum Beispiel Ferdi Ismaili von der mazedonischen Roma Democratic Development Association: „In diesen fünf Tagen haben wir gesehen, wie hier Minderheitenrechte umgesetzt werden. Das Modell ist großartig und ich hoffe, dass ich das auch in meinem Land tun kann.“



▲ Gespräch zu Minderheitenpolitik mit der damaligen Minderheitenbeauftragten des Bundeslandes in Schleswig Holstein.



▲ Wissensaustausch zu Bürgerpartizipation und modernen Verwaltungsstrukturen zwischen Projektteilnehmenden aus Tunesien

Tunesien – Eintauchen in die deutsche Verwaltung

Wer in Tunesien an der Verwaltungshochschule ENA studiert, muss ein Praktikum durchlaufen. Zehn Studierende konnten dies im Rahmen des Bund-Länder-Pilotprogramms in baden-württembergischen Kommunen absolvieren – in Kombination mit Workshops und Besuchen. Wichtig war dem Projekt, dass die Teilnehmer*innen den Verwaltungsalltag kennenlernen konnten, aber auch erfuhren, wie Kommunen Bürgerbeteiligung organisieren. Die zuständige Staatsrätin Gisela Erler weiß um die Bedeutung: „Die künftige Spitze der tunesischen Verwaltung erlebt in Baden-Württemberg hautnah bürger-nahe Kommunalverwaltung. Dieses Bewusstsein nehmen die jungen Tunesier*innen mit in ein Land, das mitten in einem Demokratisierungsprozess steckt.“

Eine der Studierenden war Amal Ibn Hadj Khelifa. Sie hospitierte in Schorndorf und hatte das Glück, dass die persönliche Referentin des Oberbürgermeisters, Isabelle Kübler, fließend Französisch sprach. Ein Gespräch.

Was nahmen Sie aus Ihrem Praktikum mit?

Amal Ibn Hadj Khelifa: Ich habe das sehr offene Verwaltungssystem in Schorndorf kennengelernt, konnte es also mit unserem vergleichen. Dadurch bin ich jetzt in der Lage, für mich eine Vision für Tunesien zu entwickeln, mit der wir unsere Verwaltung verbessern können.

Wie haben Sie Ihre Praktikantin erlebt?

Isabelle Kübler: Sie war sehr neugierig und engagiert. Wir haben ihr am Beispiel der interkommunalen Gartenschau aufzeigen können, wie wir Bürgerbeteiligung organisieren. Gleichzeitig hat sie gesehen, wie wir mit Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten.

Amal Ibn Hadj Khelifa: Das war schon spannend.

Hier stehen die Türen selbst zum Oberbürgermeister oder Landrat offen, auch kommunizieren Kommunen und Bürger offener miteinander.

Warum hat sich Schorndorf engagiert?

Isabelle Kübler: In unserer Stadt leben Menschen aus über 100 Nationen, das muss sich in der Verwaltung widerspiegeln. Und dafür ist der kulturelle Austausch sehr hilfreich.



Die künftige Spitze der tunesischen Verwaltung erlebt in Baden-Württemberg hautnah bürger-nahe Kommunalverwaltung. Dieses Bewusstsein nehmen die jungen Tunesierinnen und Tunesier mit in ein Land, das mitten in einem Demokratisierungsprozess steckt.“ Gisela Erler, Staatsrätin aus Baden-Württemberg

An der Praxis orientiert, auf Augenhöhe erarbeitet

In den vergangenen vier Jahren haben sich 14 Bundesländer am Bund-Länder-Pilotprogramm beteiligt. Das Angebot war für sie ein wirkmächtiger Hebel, mit dem sie sich in ihren Partnerländern stärker engagieren konnten. Einige haben sich gleich mit mehreren Projekten eingebracht. Dieses Engagement zeigt, dass das Angebot des Pilotprogramms ein wichtiges Bedürfnis der Bundesländer abdeckte.

Die Bundesländer haben nicht nur ihr Wissen beigesteuert, sondern auch die Expertise von Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Hochschulen. Davon profitieren vor allem die Partnerländer, wie die Beispiele auf den vorherigen Seiten zeigen. Aber auch die Akteure aus den Bundesländern haben viel gelernt - sei es durch den kulturellen Austausch, sei es über Kontakte oder weil eigene Erfahrungen und Vorgehensweisen noch einmal hinterfragt werden.

Ein Schlüssel für den Erfolg war es – das hat die Evaluation des Programms untermauert –, die einzelnen Projekte und Vorhaben des Programms an bestehende entwicklungspolitische Vorhaben des BMZ anzubinden. Darüber ist es gelungen, die Kompetenzen der Bundesländer mit dem entwicklungspolitischen Know-how der BMZ-Programme zu verbinden und beide Qualitäten wirksam einzusetzen.

Dabei haben die Projekte sehr unterschiedliche Methoden und Ansätze gewählt, sei es mit dem Instrument von Studienreisen und Fortbildungen sowohl nach Deutschland als auch in die Partnerländer, sei es über Beratungen und Konferenzen. Als wirksam hat sich der Peer-to-Peer Ansatz erwiesen, weil er ein Miteinander zwischen den Fachleuten in den Arbeitsgebieten förderte. Dieses Vorgehen stellt sicher, dass positive deutsche Erfahrungen nicht unkritisch als Blaupause vermittelt werden, sondern im Zusammenspiel mit den Fachleuten vor Ort an die dortigen Notwendigkeiten und Systeme angepasst werden.

Entscheidend ist dabei die Orientierung an der Nachfrage der Partnerländer. Nur wenn das Wissen aus Deutschland zu den Herausforderungen der Partner passt, kann das Know-how wirksam eingesetzt werden.

Mit den positiven Erfahrungen und Ergebnissen hat das Bund-Länder-Pilotprogramm in den vergangenen vier Jahren einen wichtigen Grundstein für eine stärkere Zusammenarbeit von Bundesländern, Bund und den Partnerländern in der Entwicklungszusammenarbeit gelegt.



Was wir jetzt so lange praktiziert haben ist Einigkeit mit Respekt und gegenseitiger Anerkennung der Verschiedenheit. Das führt zu einer Zusammenarbeit. Das ist wichtig, und das teilen wir gerne mit unseren Gästen.“

Dieter Paul Küssner (dänische Minderheit), FUEN-Vizepräsident

„Unsere Kompetenzen haben sich über Jahrzehnte ausgeprägt“

Im Interview sprechen die beiden Vertreterinnen der deutschen Länder im Beirat des Bund-Länder-Pilotprogramms, Dr. Simone Höckele-Häfner aus Baden-Württemberg und Silke Goethe aus Bremen, über die Stärken von Bund und Ländern, die Gründe für das Engagement der Länder und warum dies für alle Seiten von Vorteil ist.

Worin liegt die Stärke des Bund-Länder-Programms?

Simone Höckele-Häfner: Die Länder verfügen über ausgeprägte Kompetenzen, gerade auf regionaler und kommunaler Ebene. Der Austausch darüber ist auch für Kommunen und Verwaltungen des Südens von großem Interesse.

Silke Goethe: Die deutschen Länder wiederum profitieren von der Struktur des Bundes, allen voran von BMZ und GIZ in den jeweiligen Ländern und können dadurch viel leichter und besser vernetzt unser Know-how vermitteln.

Wie erfolgreich ist das Programm?

Silke Goethe: Grundsätzlich ist das Feedback sehr positiv, das wir aus Namibia erhalten, aber auch von den Bremer Instituten und Unternehmen, die mit uns vor Ort arbeiten.

Welches Know-how bringen die Länder ein?

Simone Höckele-Häfner: Wir sind stark in unseren föderalen Aufgaben, in Bildung und Wissenschaft, aber auch in Verwaltungsfragen. Unsere Hochschulen und Unternehmen wiederum verfügen über Know-how bei Umsetzung und Produktion.

Silke Goethe: Jedes Land verfügt zudem über spezifisches Wissen, das sich über Jahrzehnte ausgeprägt hat. Wir in Bremen zum Beispiel im Dreiklang Küste, Hafen, Handel, Sachsen wiederum bei Rohstoffen. Viele Länder arbeiten nicht selten seit vielen Jahren mit einzelnen Partnerländern oder Partnerregionen zusammen, Bremen zum Beispiel mit Namibia oder Niedersachsen mit dem Eastern Cape in Südafrika.

Warum engagiert sich Baden-Württemberg überhaupt in der Entwicklungszusammenarbeit?

Simone Höckele-Häfner: Baden-Württemberg oder Bremen sind global stark verflochten. Was wir bei uns produzieren und tun, hat weltweite Auswirkungen. Insofern müssen und wollen wir auch globale Verantwortung wahrnehmen. In



Dr. Simone Höckele-Häfner

ist stellvertretende Leiterin der Abteilung Internationale Angelegenheiten im Staatsministerium von BW und leitet das Referat Entwicklungszusammenarbeit, Afrika.



Silke Goethe

ist Referentin für Entwicklungszusammenarbeit bei der Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen und zuständig für die internationale Projektkooperation.

Tunesien zum Beispiel engagieren wir uns, weil es bereits Anknüpfungspunkte gibt, die wir mit dem Bund-Länder-Programm ausbauen können.

Rechnet sich das Engagement auch für Deutschland?

Simone Höckele-Häfner: Durch unser Handeln vernetzen wir uns stärker mit unseren Partnern. Das ist wie der Stein, der im Wasser Wellen verursacht. Wir haben zum Beispiel Hochschullehrer*innen aus Heilbronn mit tunesischen Kolleg*innen zusammengebracht. Inzwischen gibt es einen Studierendenaustausch der Universitäten.

Das Programm geht nun in die nächste Phase. Wie wollen Sie das Projekt weiter entwickeln

Silke Goethe: Wir wollen das Bund-Länder-Programm verstetigen und plädieren dafür, dass wir darin entwicklungspolitische Aspekte auch mit anderen nachhaltigen Projekten und Themen verknüpfen können. Gerade in Sachen Klima oder Armutsbekämpfung müssen wir sektorübergreifend arbeiten. Die Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDG) ist ja auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und beschränkt sich nicht nur auf die Entwicklungszusammenarbeit.

Simone Höckele-Häfner: Ich fände es einen Schritt nach vorn, wenn verschiedene Bundesländer mit einem Partnerland kooperieren würden. Davon erwarte ich mir Synergien und einen Austausch der Ideen – auf beiden Seiten. Darüber könnten wir zudem die Vorteile unseres föderalistischen Systems sehr gut veranschaulichen.

Impressum

Herausgeberin

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft

Bonn und Eschborn

Bund-Länder-Pilotprogramm

An der Alster 62

20099 Hamburg Deutschland

blp@giz.de

V.i.S.d.P.

Julia Iversen

Text und Redaktion

netzhammer & breiholz;

Julia Iversen, Nora Okpanyi, Jelena Fleischmann (alle GIZ)

Fotonachweis

KGZ e.V. (S. 4); Privat (5, 15); GIZ (6, 7, 10, 13); enpact e.V. (11); FUEN (12)

Gestaltung

kipconcept gmbH, Bonn

Stand

Dezember 2019

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.

Im Auftrag des

Bundesministeriums für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Referat Z33

Länder, Kommunen

Postanschrift der BMZ-Dienstsitze

BMZ Bonn

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn

T +49 (0)228 99 535 0

F +49 (0)228 99 535 3500

BMZ Berlin | Im Europahaus

Stresemannstraße 94

10963 Berlin

T +49 (0)30 18 535 0

F +49 (0)30 18 535 2501

poststelle@bmz.bund.de

www.bmz.de